Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8913**
17. Wahlperiode 07. 03. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/8378 –

Gemeinsame Europäische Agrarpolitik ab 2014 sozial und ökologisch ausrichten

A. Problem

Die Europäische Union (EU) befindet sich mit den Verhandlungen zur neuen EU-Finanzperiode 2014 bis 2020 nach Darstellung der Fraktion DIE LINKE. in einer bedeutenden Debatte über die künftige Ausgestaltung der gemeinsamen Politik in Europa. Das betrifft laut der Antragsteller auch die Ziele, Grundsätze und Ausgestaltung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. ist eine bedarfsgerecht finanzierte und inhaltlich stärker auf die gesellschaftlichen Herausforderungen ausgerichtete GAP aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gründen sowie aus Gründen der Versorgungssicherheit und der Preisstabilität innerhalb der EU notwendig.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/8378 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich bei der Neuausrichtung der GAP ab 2014 insbesondere dafür einzusetzen, dass das EU-Agrarbudget der Finanzperiode 2014 bis 2020 auf dem Niveau von 2013 unter der Berücksichtigung eines Inflationsausgleichs gehalten wird. Zudem sollen statt pauschaler Direktzahlungen pro Hektar soziale und ökologische Leistungen der Agrarbetriebe pro Hektar vergütet werden, die sie nicht über den Markt entgolten bekommen. Zu den sozialen Leistungen gehört auch die Zahlung gesetzlicher Mindestlöhne.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/8378 abzulehnen.

Berlin, den 29. Februar 2012

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Franz-Josef Holzenkamp
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Franz-Josef Holzenkamp, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Friedrich Ostendorff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8378** in seiner 155. Sitzung am 26. Januar 2012 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Europäische Union (EU) befindet sich mit den Verhandlungen zur neuen EU-Finanzperiode 2014 bis 2020 nach Darstellung der Fraktion DIE LINKE. in einer bedeutenden Debatte über die künftige Ausgestaltung der gemeinsamen Politik in Europa. Das betrifft laut der Antragsteller auch die Ziele, Grundsätze und Ausgestaltung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. ist eine bedarfsgerecht finanzierte und inhaltlich stärker auf die gesellschaftlichen Herausforderungen ausgerichtete GAP aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gründen sowie aus Gründen der Versorgungssicherheit und der Preisstabilität innerhalb der EU notwendig.

Die GAP ab 2014 muss aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. ein Instrument zur Sicherung der Ernährungssouveränität in Europa und in der Welt, der Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen, erneuerbaren Energien, der Honorierung von Umwelt- und Klimaleistungen sowie zum Erhalt und der Entwicklung von Kulturlandschaften sein. Solange die laut der Fraktion DIE LINKE. gesellschaftlich gewünschten Leistungen der Landwirtschaft wie Klimaschutz oder Erhalt der Artenvielfalt nicht am Markt honoriert werden, müssen sie ihrer Ansicht nach durch die GAP vergütet werden. Sie plädiert für ein Prinzip, nachdem im Rahmen der GAP öffentliches Geld für öffentliche Leistungen zur Verfügung gestellt werden soll.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/8378 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich bei der Neuausrichtung der GAP ab 2014 insbesondere für folgende Ziele einzusetzen:

1. Das Agrarbudget muss auf dem Niveau von 2013 unter der Berücksichtigung eines Inflationsausgleichs gehalten werden. Soweit die von der Bundesregierung beschlossenen Begrenzungen des deutschen Finanzierungsanteils am EU-Haushalt einem Kompromiss zur Bereitstellung bedarfsgerechter Finanzmittel für eine angemessene Aufgabenerfüllung der EU im Wege stehen, sind sie zurückzunehmen.
2. Bei den gesetzlichen Auflagen müssen Wirksamkeit, Praktikabilität und Umsetzungsaufwand sowohl im Agrarbetrieb als auch in der Verwaltung in Einklang miteinander gebracht werden.
3. Statt pauschaler Direktzahlungen pro Hektar sollen soziale und ökologische Leistungen der Agrarbetriebe pro Hektar vergütet werden, die sie nicht über den Markt entgolten bekommen. Zu den sozialen Leistungen gehört auch die Zahlung gesetzlicher Mindestlöhne.
4. Kappung, Degression und Modulation sind abzulehnen.
5. Die Vorschläge im Rahmen des so genannten Greenings der Direktzahlungen sind zu unterstützen, wenn sie eine Umwandlung von Dauergrünland in Ackerland verhindern, regionale Viehdichten auf die ökologische Standortverträglichkeit und auf eine Flächenbindung von maximal zwei Großvieheinheiten pro Hektar begrenzen sowie weder Anbau noch Fütterung gentechnisch veränderter Pflanzen fördern.
6. Die Einrichtung von ökologischen Vorrangflächen (5 bis 10 Prozent der betrieblichen Ackerfläche) ist zu unterstützen.
7. Der Begriff „aktiver Landwirt“ wird so definiert, dass Agrarfördermittel an eine vor Ort verankerte, aktive Landbewirtschaftung im Haupt- oder Nebenerwerb gebunden werden. Der Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe und Flächen durch nicht landwirtschaftliche Kapitalgeber soll so entgegengewirkt werden.
8. Die II. Säule der GAP muss angemessen gestärkt werden. Sie ist auf die politischen Herausforderungen soziale Gerechtigkeit, existenzsichernde Einkommen, Klimaschutz, biologische Vielfalt und lebendige ländliche Räume auszurichten.
9. Die Maßnahmen der GAP müssen das Recht der Länder des globalen Südens auf Ernährungssouveränität und Ernährungssicherung unterstützen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 59. Sitzung am 29. Februar 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8378 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/8378 in seiner 63. Sitzung am 29. Februar 2012 abschließend ohne Debatte, unter Begründung des Antrags durch die antragstellende Fraktion DIE LINKE., beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion Die LINKE.** betonte, bei der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union nach 2013 dürfe das bisherige Niveau des Agrarbudgets im europäischen Haushalt nicht gekürzt werden. Die Bundesregierung müsse sich dafür einsetzen, dass die

ländlichen Räume und die Agrarbetriebe vor dem Hintergrund der partiell schwierigen Gesamtsituation weiterhin unverminderte Unterstützung erhielten. Solange gesellschaftlich gewünschte Leistungen nicht am Agrarmarkt honoriert würden, müssten sie durch die GAP honoriert werden. Deswegen fordere die Fraktion DIE LINKE. bei der GAP nach 2013 als Ziel, das Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ zu verwenden. Bei der zukünftigen finanziellen Förderung der Landwirtschaft müssten neben wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien auch soziale Kriterien, wie beispielsweise Arbeitsplätze und -bedingungen, berücksichtigt werden. Bei der Diskussion um die Einrichtung von ökologischen Vorrangflächen stehe die Fraktion DIE LINKE. den Überlegungen der EU-Kommission grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Die ökologischen Vorrangflächen könnten dazu beitragen, ökologische Defizite in den Regionen auszugleichen. So sollten zum Beispiel Gewässerrandstreifen, gestaltete Waldränder, Ackerrandstreifen oder Blühflächen hierfür berücksichtigt werden. Die Pläne der Kommission zur Kappung und Degression der Direktzahlungen seien aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen, da jeder Hektar gleich behandelt werden müsste und die Vorschläge der EU-Kommission die flächenmäßig größeren und arbeitsplatzintensiveren Betriebe Ostdeutschlands gefährdeten.

Berlin, den 29. Februar 2012

Franz-Josef Holzenkamp
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333